

Zerfällt der Westen?

Diese Frage war das zentrale Thema des 4. Bremer Symposiums zur Sicherheit. Der Westen – „das ist mehr als die Europäische Union, Europa und die USA.“ Mit dieser Aussage führte Karl H. Schreiner, Brigadegeneral a. D., in das Thema ein, zu dem die Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) zusammen mit Kooperationspartnern eingeladen hatte. Vielmehr ist es ein Wert, zu dem Demokratie und Menschenrechte gehören. Aber wie steht es darum, speziell in der EU und Deutschland?

Christian Mölling, Gesellschaft für Auswärtige Politik, entwarf vier mögliche Szenarien. Der Zerfall der EU über die Eurokrise in kleinste Teile, weil sich dadurch der Rahmen der EU verliere, oder eine Kern-EU, die sich auch als eine Wertegemeinschaft verstehe, plus ein Zwischeneuropa. Aktueller Trend sei ein Intergouvernementalismus, eine Enteuropäisierung in Form von Kompetenzrückführung zurück in die Mitgliedsländer, der sich mit der Wahl zum Europaparlament (23. bis 26. Mai 2019) durch einen Rechtsruck verstärken könnte. Als letztes Szenario nannte Mölling einen Integrationsschub, der alle Staaten mitnehme, mit dem Argument, dass die EU einen Mehrwert bringe. Entscheidend sei hier der Wille zur Souveränitätsabgabe und Ressourcenteilung als Grundlage von Handlungsfreiheit. Das setze jedoch voraus, dass Deutschland bei so manchen heiligen Kühen kompromissbereiter werde, wie bei den Themen Klima, Eurozone, soziales Europa, Migration/Innere Sicherheit, Russland, Naher Osten, Verteidigung und

Transatlantik. Aktuell habe die EU vor allem für Deutschland einen Mehrwert, da eine „globale liberale Ordnung fundamental für das deutsche Modell von sozialer, liberaler Marktwirtschaft und Demokratie und deren Erhalt das Hauptziel deutscher Außenpolitik ist“, so Mölling.

Russland orientiert sich um

Margarete Klein, Stiftung Wissenschaft und Politik, warf aus russischer Perspektive einen Blick auf die Politik des Westens, die seit der Ukraine Krise als „durchgängig negativ“ für Russland gewertet werde. Der Westen gelte trotz aller inneren Probleme wie Drogen und Terrorismus „als Hauptbedrohung“ und die „EU als Gegner“. Klein erläuterte den „Krieg der neuen Generation“, wo Kriege nicht mehr offiziell erklärt, nichtmilitärische Mittel vier Mal so effektiv seien wie militärische Machtmittel und neben regulären Streitkräften, Paramilitärs sowie semi- oder nichtstaatliche Akteure eingesetzt werden. Sharp Power-Methoden, insbesondere im

Cyberraum, würden immer wichtiger. Die Bindung Georgiens an die EU und „farbige Revolutionen“ würden als „neue Form westlicher Kriegführung“ verstanden. Russland sieht sich gezwungen, auf China zuzugehen, schilderte Klein die Folgen des Ukraine Konflikts. „Die Frage ist, ob das gut für den Westen ist.“ Zwar müsse man infolge der gewaltsamen Grenzverschiebung in der Ukraine Signale setzen, etwa mit Sanktionen, dennoch sollte man Flexibilität zeigen. Klein sprach von einem „Feuerwerk der Aktivitäten“ Russlands, auch im Hinblick auf die nördliche Seeroute.

Für Trump hat Europa keine Zukunft

Udo Metzinger widmete sich der Frage „Wozu noch transatlantische Beziehungen?“ Er bezeichnete Trumps Führung als eine Ad-hoc-Führung und „destabilisierende Großmaulpolitik“, in der auch die EU „als Feind“ gesehen werde, die die USA klein halten wolle. Die Forderung Trumps, dass alle NATO-Staaten ihre Zwei-Prozent-Verpflichtung zu erfüllen hätten, „soll“, glaubt Metzinger, „die EU-Länder schwächen“. Dass die NATO für die USA ein Garant sei, einen Fuß in Europa zu haben, sähe Trump nicht und deshalb sei für Trump der Zerfall der EU eine logische Konsequenz. Die EU ist noch nicht aufgewacht. Aber, so prophezeite Metzinger, „noch vor der nächsten Wahl wird das Weiße Haus trumpifiziert.“

Zwischen Flucht und Migration

Sind Flucht und Migration ein Sicherheitsrisiko für Europa? Nein, meint Elke Grawert, Bonn International Center for Conversion. Es sei eine „bewusste Entscheidung, Flucht und Migration als Sicherheitsproblem zu sehen“ und Integration hintanzustellen. Unter den Migranten gebe es mehr junge als alte Erwachsene, weshalb Migration notwendig sei. Die stetig sinkenden Kriminalitätszahlen sprächen gegen ein Sicher-

Fotos: Aranka Szabó



v.l.: Werner Hinrichs, GSP-Landesvorsitzender Niedersachsen-Bremen, Dr. Christian Mölling, DGAP, Brigadegeneral a.D. Karl H. Schreiner, Dr. Udo Metzinger, PD Dr. Elke Grawert, BICC, Moderatorin Julia Weigelt, Fachjournalistin, Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte, Deutsche Nationalstiftung, Dr. Margarete Klein, SWP

heitsproblem durch Migration. Vielmehr habe die EU versagt, da sie es nicht geschafft habe, Zusammenhaltsgefühl sowie Solidarität zu schaffen und stattdessen auf Ausgrenzung Zugewanderter setze. Integration könne immer nur wechselseitig sein. Dafür fehle jedoch der politische Rückhalt, was wiederum nationalistische Tendenzen fördere. Die Politik vermenge außerdem Flucht und Migration und nutze beides, um Ängste zu schüren, um die Ausweitung von Sicherheitspolitik zu legitimieren.

Wir leben über unsere Verhältnisse

„Zerbricht der Westen?“ Diese Frage stellte Eckart D. Stratenschulte, Vorstand der Deutschen Nationalstiftung, und nannte mehrere Punkte, an der die EU zerbrechen könnte. „Der Westen ist ein Normativ, das an Strahlkraft verloren hat.“ Das ganze westliche Normensystem mit Werten wie Grundrechte, Demokratie oder Meinungsfreiheit „werde von innen und außen angegriffen.“ Seit der Finanzkrise gilt das Wohlstandversprechen nicht mehr. „Jungen Erwachsenen könnte es schlechter gehen als den Eltern.“ Wir leben in Bezug auf Natur und Ressourcen über unsere Verhältnisse. In nur zwölf Jahren bräuchte es zwei Erden, um die Weltbevölkerung zu ernähren. Das werfe bei manchen die Frage auf: „Was habe ich dann von Demokratie?“ und verstärke den Ruf nach einem Führer, Nationalismus und „We First“, so Stratenschulte. „Die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU ist Staatsräson. Einerseits zum Friedenserhalt mit den Nachbarländern, andererseits



Diskussion: v.l. Moderatorin Julia Weigelt, Dr. Margarete Klein, Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte

sei die EU aber auch „ein Instrument zur Einhegung Deutschlands.“ Zwar „wollen alle Deutschlands Führung, aber niemand will von Deutschland geführt werden.“ Zudem sei „die EU nicht handlungsfähig“ und leide unter „multimorbiden Krankheiten“, von denen jede einzelne „tödlich“ sei. Eine Ursache sei der fehlende Wille, Dinge gemeinsam lösen zu wollen.

EU-Zukunftssicherung ist gefordert

Fünf mögliche Szenarien stellte er vor: „weiter so“, „wir konzentrieren uns auf den Binnenmarkt“, „die, die mehr machen wollen, machen mehr, die anderen nicht“, „weniger, aber besser“ oder „alle gemeinsam mehr“. „Weiter so“ noch „alle gemeinsam mehr“ könne man „vergessen“. Sich auf den Binnenmarkt zu konzentrieren, klinge zwar verlockend, führe

aber zu Abgrenzungsproblemen, etwa beim Thema Umwelt. Letztendlich bliebe eine differenzierte Integration. Nicht eine der zwei Geschwindigkeiten, sondern eine nach Tiefe beziehungsweise Intensität. Ihm schwebt ein Kern mit zwei Kreisen herum vor, wo neue Mitglieder im äußeren Kreis einsteigen könnten. „Die EU ist keine Frage der Größe, sondern der Struktur und des Managements.“ Wichtig sei es, eine Legitimationskette zu schaffen mit mehr Geld und Effektivität. „Erfolg macht sexy und wir brauchen Sexappeal und nicht den Leichengeruch einer sterbenden Gemeinschaft.“ Galt bislang Frieden als Narrativ der EU, brauche es jetzt ein neues, die Zukunftssicherung, denn „wenn nicht mehr allen Menschen Wohlstand versprochen werden kann, verliert man Vertrauen.“

In eigener redaktioneller Verantwortung
Aranka Szabó



Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

53111 Bonn, Wenzelgasse 42, Tel.: (0228)652556. E-Mail: geschaeftsstelle@gsp-Sipo.de

Sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit für Jedermann

Die GSP widmet sich als unabhängiger und überparteilicher Verein mit ihren rund 100 Sektionen, unterstützt von über 6.000 Mitgliedern, der Vermittlung sicherheitspolitischen Verständnisses in der Bevölkerung.

Veranstaltungsangebot

Die Sektionen als Hauptträger unserer Öffentlichkeitsarbeit veranstalten Vorträge, Seminare, Symposien und Kongresse sowie Informationsbesuche und Exkursionen für alle interessierten Bürger.

Gemeinnützigkeit

Die GSP ist wegen ihrer besonders förderungswürdigen satzungsgemäßen Aufgaben durch Freistellungsbescheid des Finanzamtes Bonn-Innenstadt Steuernummer 205/5764/0498, als gemeinnützig und spendenfähig anerkannt worden.

Spendenkonto

Sparda-Bank eG Köln IBAN DE53 3706 0590 0200 6402 20

Präsidentin: Ulrike Merten

Geschäftsführer: Oberstleutnant a.D. Jürgen Rann

Vereinsregister-Nr.: 5684, Amtsgericht Bonn

Gliederung/Kontakt

Die GSP gliedert sich in 7 Landesbereiche und 2 selbstständige Sektionen, die direkt dem Vorstand unterstellt sind. Sie erreichen sie wie folgt:

Landesbereich Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg (Tel.: 04331/696174)

Landesbereich Niedersachsen und Bremen (Tel.: 04761/70121)

Landesbereich Nordrhein-Westfalen (Tel.: 0172/3034560)

Landesbereich Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (Tel.: 02255/4258)

Landesbereich Baden-Württemberg (Tel.: 0711/605555)

Landesbereich Bayern (Tel.: 08239/7114)

Landesbereiche Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Tel.: 030/36289697)

Selbstständige Sektion Bonn (Tel.: 0151/155677401)

Selbstständige Sektion Berlin (Tel.: 0176/23366939)